

Rede zur Kundgebung iranischer Studenten am 18.7.2009 in Kassel

Dr. Andreas Jürgens, MdL und Vorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Kassel-Stadt

Die Menschenrechtsverletzungen im Iran, die wir täglich erleben müssen, lassen uns fassungslos zurück. Seit dem Abend der gefälschten Präsidentenwahl am 12. Juni haben auf den Straßen der Städte Irans hunderttausende Menschen für ihre Rechte demonstriert. Mindestens 70 Menschen haben nach offiziellen Angaben ihr Leben verloren. Tatsächlich dürfte die Zahl der Getöteten weit über 100 liegen. Keiner weiß es genau, denn die Leichen wurden von den staatlich beauftragten Tätern nach der Tat sofort weggeschleppt und anonym begraben. Der Mitarbeiter des Innenministeriums, der Informationen über die Wahlfälschung weitergegeben haben soll, starb zwei Tage später bei einem mysteriösen Verkehrsunfall. Hunderte Studierende wurden von Milizen aus ihren Wohnheimen verschleppt.

Der Iran hat innerhalb einer Woche China auf der „Weltrangliste“ der Länder mit den meisten verhafteten Journalisten abgelöst. Blogger und Twitterer werden vermisst. Ex-Vize-Präsidenten, Ex-Minister, Ex-Parlamentarier, Ex-Bürgermeister, Geistliche und Familienangehörige von Oppositionellen sind verhaftet worden. Nur wenige konnten bisher ihren Familien ein Lebenszeichen geben. Mancher von ihnen benötigt dringend medizinische Behandlung. Der ehemalige Chef des iranischen Fußballverbandes wurde verhaftet. Dies alles zeigt: der Terror des Regimes reicht inzwischen tief in die Reihen derjenigen, die an sich Teil des Systems sind. Es geht ein tiefer Riss durch die iranische Gesellschaft.

Die Basidsch-Miliz und die Revolutionsgarden gehen von Tür zu Tür und von Krankenhaus zu Krankenhaus. Sie haben die Verwundeten und Verletzten verhaftet und sie an unbekannte Orte gebracht. Fast alle oppositionellen Zeitungen und Internetseiten wurden mittlerweile vom Geheimdienst übernommen oder geschlossen. Eine freie

Berichterstattung über die wirkliche Situation im Iran ist praktisch nicht mehr möglich. Nur über vereinzelte Mitteilungen im Internet ist noch ein Minimum an Informationen möglich.

Und trotzdem gehen die Menschen weiterhin auf die Straße, um ihre fundamentalen Rechte zu verteidigen! Erst gestern wieder konnten wir es im Fernsehen verfolgen und heute in den Zeitungen lesen. Anlässlich des Freitagsgebets gingen erneut Hunderttausende auf die Straße um gegen Präsident Ahmadinedschad und damit indirekt auch gegen Revolutionsführer Ali Chamenei zu demonstrieren.

Erneut wurden sie aber auch mit Tränengas, mit Schlagstöcken und wie man hört mit Messern massiv angegriffen und an der Wahrnehmung ihrer Rechte gehindert. Friedliche Demonstranten wurden durch wild gewordene Milizen überfallen. Die Gewalt geht eindeutig vom Regime aus. Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: ein Regime, das seine Bevölkerung nur noch mit Gewalt und Terror im Zaum halten kann, hat jede Legitimation verloren.

Neu ist die Unterstützung der Demonstranten durch wichtige Repräsentanten des politischen Establishments. Erstmals hat der frühere Präsident und heute Vorsitzende des Expertenrates Rafsandschani die Fälschungen bei der Präsidentenwahl am 12. Juni indirekt kritisiert. Erstmals hat ein hoher Repräsentant des Systems eine Freilassung der verhafteten Demonstranten verlangt. Und erstmals hat er offen von einer politischen Krise des Systems gesprochen.

Der Machtkampf zwischen den Hardlinern um Ahmadinedschad und Chemenei auf der einen und den Reformkräften auf der anderen Seite, geht offenbar in eine entscheidende Phase. Die Polarisierung zwischen diesen beiden Polen schreitet voran. Noch vor kurzem hätte niemand erwartet, Rafsandschani und Karrubi sich offen auf die Seite der Reformer stellen. Der Rückhalt von Ahmadinedschad unter den eigenen Leuten bröckelt offensichtlich. Seiner Rede in der religiösen Stadt Gum waren fast alle Ajatollahs

ferngeblieben. Bei seiner Rede im Parlament fehlten der konservative Parlamentspräsident Laridschani und sein Vorgänger Hadad-Adel.

Allerdings müssen wir auch feststellen, dass der Kampf zwischen den beiden Strömungen derzeit ein solcher innerhalb des Systems ist. Diejenigen, die eine Alternative zur islamischen Republik, zur Herrschaft der Mullahs, befürworten, sind auch unter den Reformern deutlich in der Minderheit.

Aber es kann der Weltöffentlichkeit nicht egal sein, ob ein großes und starkes Land wie der Iran von unberechenbaren Fanatikern regiert wird. Es kann uns nicht egal sein, ob ein Land an der Schwelle zur Atommacht von skrupellosen Fundamentalisten geführt wird. Deshalb setzen wir unsere Hoffnung auf einen Sieg der Reformkräfte. Dies würde den Weg eröffnen in ein hoffentlich friedliches Miteinander in der internationalen Staatengemeinschaft. Und deshalb unterstützen wir heute hier in Kassel auf dem Königsplatz den Kampf der Menschen im Iran um mehr Freiheit und Menschenrechte.

Den Menschen im Iran, die für ihre Freiheit kämpfen, gebührt unser Respekt und unsere Anerkennung. Sie haben in den zurückliegenden Wochen viel Mut aufgebracht, um für die Freiheit und für die Wahrheit zu kämpfen. Sie wurden von ihrer Regierung betrogen und belogen. Wenn bei einer Wahl in vielen Bezirken mehr Stimmen abgegeben wurden, als Menschen zur Wahl berechtigt waren, dann ist das ein Betrug, den man auch so nennen muss.

Es ist das gute Recht der Menschen im Iran, jetzt ihre Stimme zurück zu fordern.

Es ist ihr gutes Recht, für Meinungsfreiheit einzutreten.

Es ist ihr gutes Recht, hierfür friedlich zu demonstrieren.

Die Machthaber im Iran setzen auf Lügen, Gewalt und Unterdrückung. Sie haben keine Skrupel, friedlich demonstrierende Menschen anzugreifen und zu töten. Sie setzen sich damit ins Unrecht. Sie dürfen nicht gewinnen. Daher ist es unsere Verpflichtung, den Menschen im Iran in diesen schweren Tagen beizustehen. Hierzu gehört, dass wir unsere

Stimme erheben – auch von Europa aus! Wenn die Menschenrechte verletzt werden, müssen wir laut NEIN rufen! Wir müssen uns für die Freiheit stark machen und denen, die den oft gefährlichen und mutigen Pfad der Freiheit beschreiten, helfen.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte einen Text zitieren, der mich immer sehr beeindruckt hat.

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen“

so lautet Art. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, 1948 verabschiedet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1948. Die hierin formulierten Menschenrechte gehören zu den wichtigsten Errungenschaften der Menschheitsgeschichte. Die Erklärung ist auch 60 Jahre später noch hochaktuell. Für uns bedeutet sie: Unsere Vernunft und unser Gewissen gebieten es, den Menschen im Iran im Geiste der Brüderlichkeit zu begegnen. Wenn unsere Brüder und Schwestern dort für ihre Würde und ihre Rechte kämpfen, sollen sie wissen, dass wir bei ihnen sind.

Wir fordern von der Bundesregierung und der Europäischen Kommission ein stärkeres Eintreten für die universellen Menschenrechte im Iran. Presse- und Meinungsfreiheit, freie Wahlen und die Unversehrtheit von Leib und Leben sind solche universellen Menschenrechte. Die politisch Verantwortlichen in Deutschland und der Europäischen Union sind diesen Grundsätzen verpflichtet, im In- und Ausland. Bislang tun weder die Bundesregierung um Kanzlerin Merkel noch EU-Kommissionspräsident Barroso genug, um die Lage der Protestierenden und Oppositionellen zu verbessern. Wir fordern klare Worte von Merkel und Außenminister Steinmeier: Wahlbetrug muss man Wahlbetrug nennen, Körperverletzung und Mord muss man klar benennen und ächten.

Wir müssen auch ganz konkret denjenigen helfen, die jetzt vielleicht als politisch Verfolgte zu uns kommen. Ihr Asylrecht muss anerkannt, ihr Bleiberecht festgestellt werden. Und wir sollten darauf verzichten, jetzt Menschen in den Iran abzuschieben. Vor allem politisch aktive Iraner, die in ihrem Land Verfolgung durch das Regime befürchten müssen, dürfen

nicht ihren Verfolgern ausgeliefert werden. Hier sind auch Ministerpräsident Koch und Innenminister Bouffier gefordert, die Ausländerbehörden entsprechend anzuweisen.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, unsere Forderungen für den Iran in dieser Zeit sind klar und unmissverständlich:

1. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, die während der Demonstrationen verhaftet wurden. „Schickt sie nach Hause zu ihren Familien“ hat Rasandschani gestern gesagt. „Lasst sie weiter für mehr Freiheit im Iran eintreten“ sollten wir hinzufügen.

2. Volle Information der Familien über ihre getöteten Angehörigen. Die Weltöffentlichkeit und vor allem die Angehörigen haben ein Recht zu erfahren, was mit den getöteten Demonstranten geschehen ist. Und sie haben ein Recht darauf, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

3. Keine Vereidigung von Ahmadinedschad als Präsident, wie für Anfang August vorgesehen, sondern Wiederholung der Präsidentenwahl unter freien und fairen Bedingungen. Auch die Freiheit der Wahl ist ein Menschenrecht, das niemandem vorenthalten werden darf. Wahlbetrug darf nicht legitimiert, er muss geächtet werden.

4. Volle Meinungs- und Demonstrationenfreiheit für die Menschen im Iran. Auf Dauer wird sich das Streben der Menschen nach Freiheit und Gerechtigkeit nicht unterdrücken lassen. Nur Freiheit und Gerechtigkeit können den Anspruch einer Staatsführung legitimieren, von den Menschen geachtet und unterstützt zu werden.

5. Volle Freiheit der Berichterstattung in Ton, Bild und Schrift. Zensur, Verbote von Zeitungen, Arbeitsverbote für Journalisten sind Gift für die Freiheit. Die Menschen haben ein Recht darauf, wahrgenommen zu werden. Hierbei ist eine freie Presse unerlässlich.

Lassen Sie uns alle gemeinsam hierfür streiten. Das hilft den Menschen im Iran, das hilft ihren Freunden hier bei uns, das hilft uns allen im Kampf um ein friedliches Miteinander der Völker in Freiheit und Gerechtigkeit.